

## **Antrag**

**der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Siegbert Droese, Wilhelm von Gottberg, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Marc Jongen, Jörn König, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt – Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan zeitnah einleiten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird nicht am Hindukusch, sondern innerhalb des NATO-Bündnisgebietes und an den Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland verteidigt. Die Operationen und Missionen der sog. internationalen Gemeinschaft, an denen sich Deutschland mit Militärgerät und Ausrüstung, Soldaten der Bundeswehr, Polizisten und Ausbildern seit 2001 ununterbrochen beteiligt hat, sind größtenteils gescheitert und haben den Menschen am Hindukusch und im Nahen Osten mehr Leid und Zerstörung als Freiheit und Selbstbestimmung gebracht. Spätestens seit der Veröffentlichung der „Afghanistan Papers“, die aufdeckten, wie verschiedene US-Administrationen, hohe Diplomaten und Militärs mit falschen Informationen das wahre Geschehen in Afghanistan vertuschten ([www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihre-militaerisches-desaster-schoenredeten-a-1300810.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihre-militaerisches-desaster-schoenredeten-a-1300810.html)), hätte die Bundesregierung die deutschen Soldaten aus Afghanistan abziehen sollen. Sogenannte „Geberkonferenzen“, bei denen sich die Bundesregierung nach der Beteiligung an der weitgehenden Zerstörung eines Landes als „zweitgrößte Gebernation“ preisen lässt, sind allenfalls als zynisch zu bewerten.

Das ursprüngliche Ziel der Operation Enduring Freedom (OEF), der Mission International Security Assistance Force (ISAF) sowie der bis heute andauernden Mission Resolute Support (RS) bestand nach Auffassung der sog. internationalen Gemeinschaft darin, dass Afghanistan künftig nicht mehr als maßgeblicher Ausgangspunkt des internationalen Terrorismus dienen sollte.

Rund 20 Jahre nach Beginn der militärischen Intervention kontrollieren die Taliban wieder einen Großteil des afghanischen Territoriums und werden zudem als legitimer Verhandlungspartner der sog. internationalen Gemeinschaft angesehen, ohne deren Einbindung eine friedliche Lösung für das afghanische Volk unmöglich erscheint.

Auch die Sicherheitslage hat sich in weiten Teilen des Landes rund 20 Jahre nach Beginn der Militärintervention nicht gebessert, sondern verschlechtert. Sie ist in Teilen noch prekärer als vor der Intervention der raumfremden westlichen Allianz. In Nordafghanistan – jenen Gebieten, in denen die Bundeswehr wesentliche Stationierungsorte unterhielt, wobei sie sich derzeit nur noch auf den Raum Masar-e Scharif konzentriert – ist die Sicherheitslage heute in weiten Teilen nicht kontrollierbar. Der Bericht der Bundesregierung zur deutschen Unterstützung des Friedensprozesses in Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages vom Februar 2020 erkennt selbst eine „fragile Perspektive auf einen Einstieg in innerafghanische Friedensverhandlungen“ ([www.auswaertiges-amt.de/blob/2320028/3bdec559ab5fbc5771fd804604351ff2/200317-fortschrittsbericht-afg-data.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/blob/2320028/3bdec559ab5fbc5771fd804604351ff2/200317-fortschrittsbericht-afg-data.pdf)).

Die Bundesregierung hat im Zeitraum von 2001 bis 2018 nach eigenen Angaben Mittel des deutschen Steuerzahlers in Höhe von insgesamt 16,4 Milliarden Euro für das „Engagement“ in Afghanistan ausgegeben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, Bundestagsdrucksache 19/9466). Unter Berücksichtigung von indirekten Kosten und den Ausgaben für die Jahre 2019 bis 2020 sowie der zugesagten Finanzmittel bis einschließlich 2024 beläuft sich der Gesamtbetrag auf über 20 Milliarden Euro. Die personellen Opfer sind weitaus gravierender: 59 deutsche Bundeswehrsoldaten sind seit 2001 im Einsatz in Afghanistan gefallen. Insgesamt 157.000 Menschen fanden den Tod, darunter 64.124 afghanische Sicherheits- und Verteidigungskräfte, 43.000 afghanische Zivilisten, 424 humanitäre Helfer und 67 Journalisten. Für die Vereinigten Staaten von Amerika belaufen sich die finanziellen Kosten der Militärintervention am Hindukusch auf rund 978 Milliarden US-Dollar; 2.400 US-Soldaten fielen im Afghanistan-Krieg (vgl. Craig Whitlock, *The Afghanistan Papers. A secret history of the war*, in: *The Washington Post*, 9. Dezember 2019).

Der Deutsche Bundestag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Bundesregierung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit keine ehrliche Auffassung vertritt, inwieweit sie eine unabhängige und souveräne Entscheidung über die Beendigung ihres zivilen und militärischen Engagements in Afghanistan treffen kann. Auf eine Große Anfrage der Fraktion der AfD antwortete sie, dass „die Entscheidung über Art, Umfang und Länge des deutschen Afghanistan-Engagements [...] der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung [treffen]“ (Bundestagsdrucksache 19/16274). In ihrem letzten Bericht zur deutschen Unterstützung des Friedensprozesses in Afghanistan vom Februar 2020 macht die Bundesregierung einen Verbleib bzw. Abzug deutscher Soldaten dagegen abhängig von der Entscheidung der US-Administration (vgl. S. 1 oder S. 9). Eine Realpolitik in deutschem Interesse ist unter dieser Voraussetzung nicht möglich.

Der Deutsche Bundestag bedauert darüber hinaus, dass ihm von der Bundesregierung bislang kein aktueller Bericht über die Lage und die zukünftige Strategie für den abgelaufenen Mandatszeitraum (Jahr 2020) vorgelegt wurde, der eigentlich als Grundlage für die Abstimmung des Deutschen Bundestages zu einer möglichen Mandatsverlängerung dienen müsste.

Der Deutsche Bundestag bedauert abschließend, dass die Bundesregierung bis zum heutigen Tage keine Gesamtevaluation des Afghanistan-Einsatzes vorgenommen hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Abzug der deutschen Streitkräfte und der deutschen Entwicklungsorganisationen zu veranlassen sowie den Abzug der deutschen Unterstützungskräfte aus Verwaltung, Justiz und Polizei zeitnah vorzubereiten und durchzuführen;
2. die fortgeschrittenen Gespräche zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren sowie den relevanten internationalen Organisationen weiterhin als Mediator zu begleiten;

3. mit internationalen Organisationen und den Nachbarländern Afghanistans einen wirksamen Mechanismus zur Überprüfung etwaiger Abkommen zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren zu entwickeln, damit sichergestellt ist, dass die Taliban zukünftig einen von Afghanistan ausgehenden Terrorismus unterbinden;
4. der neuen US-Administration in partnerschaftlichen Gesprächen auf Augenhöhe zu versichern, dass Deutschland auch in Zukunft ein verlässlicher Partner im NATO-Bündnis bleiben wird, sofern sich die NATO als rein defensives Verteidigungsbündnis versteht;
5. eine Gesamtevaluation des Afghanistan-Einsatzes seit 2001 vorzunehmen, um aus dem Scheitern am Hindukusch zu lernen und zukünftigen Fehlentscheidungen vorzubeugen.

Berlin, den 26. Februar 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

